

08.03.2008

Interview mit der Ostsee-Zeitung über erneuerbare Energien

3. März 2008 - Schwerin/Stralsund (OZ) Bärbel Höhn, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, sprach mit der OZ über das umstrittene Steinkohlekraftwerk Lubmin, die Chance erneuerbarer Energieträger und die politischen Risiken für Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD).

OZ: Frau Höhn, der Projektleiter von Dong Energy, Peter Gedbjerg, sagt, nicht jeder könne Bio-Karotten verkaufen. Es müsse auch Leute geben, die Steinkohlekraftwerke bauen. Wollen Sie Bio-Karotten verkaufen? Oder anders gefragt: Warum glauben Sie, kann man komplett auf neue Kohlemeiler verzichten?

Bärbel Höhn: Die großen, geplanten Kohlekraftwerke besitzen eine viel zu geringe Effizienz. Deshalb sagen wir: Wir brauchen kleine, dezentrale Anlagen. Wir brauchen Blockheizkraftwerke, die einen Wirkungsgrad von über 90 Prozent haben. In Lubmin reden wir über einen Wirkungsgrad von 46 Prozent. Mit den großen Kohlekraftwerken werden wir unsere ehrgeizigen CO₂-Ziele deshalb nie erreichen. Bei Dong ist spannend, dass das Unternehmen ein Kraftwerk wie in Lubmin in Dänemark gar nicht bauen darf.

OZ: Was verstehen Sie unter kleinen, dezentralen Blockheizkraftwerken? Was soll dort verfeuert werden?

Höhn: Wir setzen natürlich auf erneuerbare Energien. Wir können es schaffen, bis 2020 bundesweit über 40 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energieträgern zu gewinnen. Zum anderen setzen wir auf Kraftwerke, die zugleich Strom und Wärme produzieren. Die kann man mit Erdgas, aber auch mit Biogas betreiben. Große Braun- und Steinkohlekraftwerke brauchen wir nicht, Gaskraftwerke stoßen im Vergleich dazu bis zu Zweidrittel weniger CO₂ aus.

OZ: Die Stromkonzerne sagen, wir werden noch bis zu 40 Jahre einen Energie-Mix brauchen, zu dem auch Kohle zählt...

Höhn: Der entscheidende Punkt ist, dass man mit diesen Kohlekraftwerken Geld verdienen kann. Richtig viel Geld. Das sind Gelddruckmaschinen. In den letzten fünf Jahren konnten die Stromkonzerne ihre Gewinne von sechs auf 18 Milliarden Euro im Jahr verdreifachen. Mit den geplanten 24 neuen Kohlekraftwerken behalten die Strom-Riesen in Deutschland ihre Marktmacht. Wir müssen durch dezentrale Stromproduktion mehr Wettbewerb und damit fairere Preise erreichen. Wenn wir aber diese neuen Kohlekraftwerke zulassen, garantieren wir vier Stromanbietern auf Jahrzehnte satte Gewinne zu Lasten der Verbraucher.

OZ: Die Landesregierung von MV steht ohne Wenn und Aber hinter dem Kohlekraftwerk Lubmin. Eine Begründung: Mit Dong Energy komme ein weiterer Wettbewerber nach Deutschland...

Höhn: Wunderbar. Aber bitte ohne Kohle. In Dänemark baut Dong erfolgreich Blockheizkraftwerke. Damit wäre Dong auch in Lubmin herzlich willkommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel kann sich nicht in Heiligendamm hinstellen und sagen, wir wollen den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent reduzieren, und gleichzeitig neue Kohlekraftwerke protegieren. Merkel hat zu Recht gesagt, das man jedem Menschen auf der Welt den gleichen Co₂-Ausstoß zubilligen muss. Das wären 2 Millionen Tonnen pro Kopf und Jahr, für Deutschland insgesamt rund 160 Millionen Tonnen. Wie will Merkel dieses ehrgeizige Ziel erreichen, wenn allein in Lubmin mindestens zehn Millionen Tonnen ausgestoßen werden? Kanzlerin Merkel steht nicht für Heiligendamm, sie steht für Scheinheiligendamm.

OZ: Warum aber unterstützt Ministerpräsident Harald Ringstorff das Steinkohlekraftwerk Lubmin? Haben Sie dafür eine Erklärung?

Höhn: Die großen Strom-Konzerne machen eine hervorragende Lobby-Arbeit. Kritische Stimmen dringen zu den politischen Entscheidungsträgern oft gar nicht mehr durch. Wer viel Geld hat, wer viel investieren will, findet schnell ein offenes Ohr bei Politikern. Deshalb gibt es ja so viele Fehlinvestitionen in diesem Land. Wir müssen aufpassen, dass wir jetzt nicht die nächste Runde an Fehlinvestitionen bei Kohlekraftwerken machen.

OZ: Das Land argumentiert auch damit, Lubmin werde 150 neue Arbeitsplätze schaffen.

Höhn: Mecklenburg-Vorpommern könnte viel mehr neue Arbeitsplätze mit erneuerbaren Energien schaffen, mit Windkraft zum Beispiel. Von der Arbeitsplatzbilanz her sind erneuerbare Energien nicht zu schlagen.

OZ: Können Sie das erklären?

Höhn: Im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiten inzwischen 250000 Menschen. Im Bereich der Atomkraftwerke sind es 40000. Ich will gar nicht fragen, wer noch Lust hat, seinen Urlaub neben einem Kohlekraftwerk zu verbringen. Die Lubminer haben sich für Tourismus entschieden – gegen Kohlekraft. Tourismus plus erneuerbare Energien würden MV bei weitem mehr Jobs bringen als ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin. Zudem hätte das Einleiten des Kühlwassers dramatische Auswirkungen auf den Greifswalder Bodden.

OZ: Ringstorff sagt, wir befinden uns in einem Genehmigungsverfahren...

Höhn: Das ist ein Ablenkungsmanöver. Ringstorff versucht, seine politische Verantwortung abzuladen. Er hat sich für das Kraftwerk entschieden, dann muss er auch die Verantwortung dafür übernehmen. Er kann nicht seine Hände in Unschuld waschen. Wenn die Landesregierung nicht wollte, würde der Investor auch nicht bauen. Im Saarland wollte die Bevölkerung nicht, und das Projekt ist gekippt.

OZ: Die Landes-SPD stellt sich zunehmend gegen Lubmin. Könnte das Steinkohlekraftwerk für Ringstorff politisch zu einem Problem werden?

Höhn: Man kann Ringstorff nur raten, dass er lernt und seine Meinung ändert. Er erweist seiner Partei einen Bärendienst, wenn er den tiefen Spalt in seiner Partei nicht kittet. Er muss sich dringend auf die Seite der Kraftwerksgegner schlagen, sonst droht seiner Partei Ungemach.